



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

### **Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Angesichts des dramatischen Lehrermangels an bayerischen Schulen ist es notwendig, auch mehr Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Immer mehr angestellte Lehrerinnen und Lehrer beklagen jedoch gravierende Nachteile gegenüber verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Hier fehlen sowohl Anerkennung als auch Wertschätzung.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, zeitnah die folgenden geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um auch die Situation der angestellten Lehrkräfte zu verbessern:

- Vor den Ferien werden keine angestellten Lehrerinnen und Lehrer entlassen, die im September wieder eingestellt werden.
- Es wird überprüft, wie angestellte Lehrkräfte angemessen bezahlt werden können, durch eine höhere Entgeltgruppe (Anpassung an Besoldungsgruppe A 13) oder zumindest durch Zulagen.
- Das Verfahren des Quereinstiegs wird fachlich besser begleitet und vereinfacht, um die Qualität des Unterrichts zu sichern.
- Die angestellten Lehrkräfte müssen auch eine Chance auf Verbeamtung haben.

### **Begründung:**

Angestellte Lehrkräfte leisten die gleiche Arbeit wie beamtete Kollegen. Doch während Beamte sich auf ein festes Arbeitsverhältnis zum meist guten Bedingungen verlassen können, fühlen sich tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer oft wie Pädagogen zweiter Klasse. Jedes Jahr müssen sich hunderte befristet beschäftigte Lehrerinnen und Lehrer in den Sommerferien arbeitslos melden. Im Jahr 2022 registrierte die Bundesagentur für Arbeit im August 713 Personen, die vorher als Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen gearbeitet haben. Sie werden zumeist wieder eingestellt. Die betroffenen Lehrkräfte haben durch die vorübergehende Entlassung Einkommensnachteile, der Staat spart auf Kosten der Arbeitslosenversicherung.

Nach dem Beschluss von Besoldungsgruppe A 13 für das Eingangssamt für Grund- und Mittelschullehrkräfte muss nun auch die Bezahlung der tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer überprüft werden.

Der Staat ist zunehmend auf Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger angewiesen, um genügend Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen zu bekommen. Bislang sind die Hürden für den Quereinstieg oft hoch und die fachliche Begleitung wird nicht überall als positiv wahrgenommen. Es braucht mehr Anreize für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Sie müssen intensiv auf die Arbeit an den Schulen vorbereitet und in den Klassen begleitet werden. Niemand darf unqualifiziert und ohne Praxiserfahrung vor einer Klasse stehen.